

**Kirchengesetz über die Kirchenkreisämter
(Kirchenkreisamtsgesetz – KKAG)
Synopsis**

| Fassung, die den Synoden im Herbst 2007 vorlag | neue Fassung |
|--|--|
| <p style="text-align: center;">Kirchengesetz über die Kirchenkreisämter (Kirchenkreisamtsgesetz – KKAG)</p> <p>Die Föderationssynode hat aufgrund von Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 und 8 der Vorläufigen Ordnung der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:</p> <p style="text-align: center;">Abschnitt I: Grundsätze und Aufgaben</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p style="text-align: center;">Stellung, Aufgaben und Zuständigkeiten der Kirchenkreisämter</p> <p>(1) Die Kirchenkreisämter sind Verwaltungseinrichtungen eines oder mehrerer Kirchenkreise.</p> <p>(2) In der Verantwortungsgemeinschaft mit dem Kirchenamt nehmen die Kirchenkreisämter zugleich Aufgaben der Vereinigten Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) wahr.</p> <p>(3) Den Kirchenkreisämtern obliegt</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Erledigung der Verwaltungsaufgaben der Kirchenkreise und die Unterstützung | <p style="text-align: center;">Kirchengesetz über die Kirchenkreisämter (Kirchenkreisamtsgesetz – KKAG)</p> <p>Die Föderationssynode der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland hat aufgrund von Artikel 7 Abs. 2 Nr. 2 und 8 der Vorläufigen Ordnung der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland mit Zustimmung der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:</p> <p style="text-align: center;">Abschnitt I: Grundsätze und Aufgaben</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p style="text-align: center;">Stellung, Aufgaben und Zuständigkeiten der Kirchenkreisämter</p> <p>(1) Die Kirchenkreisämter sind Verwaltungseinrichtungen eines oder mehrerer Kirchenkreise.</p> <p>(2) In der Verantwortungsgemeinschaft Gemeinsam mit dem Landeskirchenamt nehmen die Kirchenkreisämter zugleich Aufgaben der Vereinigten Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) (im Folgenden Landeskirche) wahr.</p> <p>(3) Den Kirchenkreisämtern obliegt</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Erledigung der Verwaltungsaufgaben der Kirchenkreise und die Unterstützung |

- der Kirchengemeinden bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben ihres jeweils eigenen Verantwortungsbereichs und im übertragenen Verantwortungsbereich,
2. die Wahrnehmung von Aufgaben, die ihnen vom Kirchenamt übertragen worden sind,
 3. die Wahrnehmung der kirchlichen Aufsicht im Auftrag des Kirchenamtes nach Maßgabe gesonderter Regelung.

(4) Die Rechtsaufsicht über die Kirchenkreisämter führt das Kirchenamt. Soweit die Kirchenkreisämter Aufgaben im Auftrag des Kirchenamtes wahrnehmen, führt das Kirchenamt auch die Fachaufsicht.

§ 2

Zuständigkeitsbereiche, Errichtung und Auflösung von Kirchenkreisämtern

(1) Der Zuständigkeitsbereich eines Kirchenkreisamtes soll ein Gebiet von mehreren Kirchenkreisen umfassen. Bei der Neufestlegung von Zuständigkeitsbereichen sind insbesondere die räumliche Ausdehnung des Gebietes, die Gemeindegliederzahlen und der Stellenplan des Kirchenkreisamtes zu beachten.

(2) Über die Errichtung eines Kirchenkreisamtes und die Veränderung seines Zuständigkeitsbereiches entscheiden die beteiligten Kreiskirchenräte im Einvernehmen mit dem Kirchenamt. Das Kirchenamt hat ein Vorschlagsrecht, dass sich bestimmte Kirchenkreise an der Errichtung eines Kirchenkreisamtes beteiligen.

(3) Für die Auflösung eines Kirchenkreisamtes gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Kommt ein Einvernehmen gemäß Absatz 2 oder bei einer Entscheidung gemäß Absatz 3 nicht zustande, so kann das Kirchenamt oder ein Kreiskirchenrat bei der Kirchenleitung der Föderation beantragen, eine abschließende Entscheidung zu treffen. Die Kirchenleitung hat vor ihrer Entscheidung das Kirchenamt und die beteiligten Kreiskirchenräte zu hören.

- der Kirchengemeinden bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben ihres jeweils eigenen Verantwortungsbereiches und im übertragenen Verantwortungsbereich,
2. die Wahrnehmung von Aufgaben, die ihnen vom **Landeskirchenamt** übertragen worden sind,
 3. die Wahrnehmung der kirchlichen Aufsicht im Auftrag des **Landeskirchenamtes** nach Maßgabe gesonderter Regelung.

(4) Die Rechtsaufsicht über die Kirchenkreisämter führt das **Landeskirchenamt**. Soweit die Kirchenkreisämter Aufgaben im Auftrag des **Landeskirchenamtes** wahrnehmen, führt das **Landeskirchenamt** auch die Fachaufsicht.

§ 2

Zuständigkeitsbereiche, Errichtung und Auflösung von Kirchenkreisämtern

(1) Der Zuständigkeitsbereich eines Kirchenkreisamtes soll ein Gebiet von mehreren Kirchenkreisen umfassen. Bei der Neufestlegung von Zuständigkeitsbereichen sind insbesondere die räumliche Ausdehnung des Gebietes, die Gemeindegliederzahlen und der Stellenplan des Kirchenkreisamtes zu beachten.

(2) Über die Errichtung eines Kirchenkreisamtes und die Veränderung seines Zuständigkeitsbereiches entscheiden die beteiligten Kreiskirchenräte im Einvernehmen mit dem **Landeskirchenamt**. Das **Landeskirchenamt** hat ein Vorschlagsrecht, dass sich bestimmte Kirchenkreise an der Errichtung eines Kirchenkreisamtes beteiligen.

(3) Für die Auflösung eines Kirchenkreisamtes gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Kommt ein Einvernehmen gemäß Absatz 2 oder bei einer Entscheidung gemäß Absatz 3 nicht zustande, so kann das **Landeskirchenamt** oder ein Kreiskirchenrat **beim Landeskirchenrat** beantragen, eine abschließende Entscheidung zu treffen. **Der Landeskirchenrat** hat vor **seiner** Entscheidung das **Landeskirchenamt** und die beteiligten Kreiskirchenräte zu hören.

§ 3

Verwaltungsaufgaben der Kirchenkreise und Kirchengemeinden

(1) Die Kirchenkreisämter sind verpflichtet, die Verwaltungsaufgaben der Kirchenkreise zu erledigen und die Kirchengemeinden bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben im eigenen Verantwortungsbereich zu unterstützen und insbesondere folgende Aufgaben zu übernehmen:

1. im eigenen Verantwortungsbereich des Kirchenkreises
 - a) die Verwaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens des Kirchenkreises,
 - b) die Führung der Kasse des Kirchenkreises,
 - c) die Erstellung des Entwurfs des Haushaltsplanes und die Erstellung der Jahresrechnung des Kirchenkreises,
 - d) die Erstellung der Entwürfe über den Lasten- und Finanzausgleich zwischen den Kirchengemeinden des Kirchenkreises,
 - e) die Personalverwaltung des Kirchenkreises,
 - f) die Verwaltung von besonderen Einrichtungen des Kirchenkreises, wie Kindertageseinrichtungen oder Diakoniestationen,
 - g) die Führung der Kasse des Kirchenkreisamtes;
2. im eigenen Verantwortungsbereich der Kirchengemeinden
 - a) die Personalverwaltung der Kirchengemeinden,
 - b) die Führung der Kassen der Kirchengemeinden und ihrer Einrichtungen,
 - c) die Erstellung der Entwürfe der Haushaltspläne und die Erstellung der Jahresrechnungen der Kirchengemeinden,
 - d) die Verwaltung der Grundstücke der Kirchengemeinden,
 - e) die Bearbeitung der Gemeindebeiträge der Kirchengemeinden,
 - f) die Beratung und Unterstützung der Kirchengemeinden in Bauangelegenheiten,
 - g) die Beratung der Kirchengemeinden in weiteren Verwaltungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Die Erledigung der Aufgabe nach Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a) erfolgt von Amts wegen. Die Erledigung der Aufgaben nach den Buchstaben b) und c) geschieht in der Regel auf Antrag der Kirchengemeinde; sie geschieht von Amts wegen, wenn eine geordnete Verwaltung durch die Kirchengemeinde nicht gewährleistet ist. Die Erledigung der Aufgaben nach den Buchstaben d) und e) erfolgt ausschließlich auf Antrag der Kirchengemeinde.

§ 3

Verwaltungsaufgaben der Kirchenkreise und Kirchengemeinden

(1) Die Kirchenkreisämter sind verpflichtet, die Verwaltungsaufgaben der Kirchenkreise zu erledigen, die Kirchengemeinden bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben im eigenen Verantwortungsbereich zu unterstützen und insbesondere folgende Aufgaben zu übernehmen:

1. im eigenen Verantwortungsbereich des Kirchenkreises
 - a) die Verwaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens des Kirchenkreises,
 - b) die Führung der Kasse des Kirchenkreises,
 - c) die Erstellung des Entwurfes des Haushaltsplanes und die Erstellung der Jahresrechnung des Kirchenkreises,
 - d) die Erstellung der Entwürfe über den Lasten- und Finanzausgleich zwischen den Kirchengemeinden des Kirchenkreises,
 - e) die Personalverwaltung des Kirchenkreises,
 - f) die Verwaltung von besonderen Einrichtungen des Kirchenkreises, wie Kindertageseinrichtungen oder Diakoniestationen,
 - g) die Führung der Kasse des Kirchenkreisamtes;
2. im eigenen Verantwortungsbereich der Kirchengemeinden
 - a) die Personalverwaltung der Kirchengemeinden,
 - b) die Führung der Kassen der Kirchengemeinden und ihrer Einrichtungen,
 - c) die Erstellung der Entwürfe der Haushaltspläne und die Erstellung der Jahresrechnungen der Kirchengemeinden,
 - d) die Verwaltung der Grundstücke der Kirchengemeinden,
 - e) die Bearbeitung der Gemeindebeiträge der Kirchengemeinden,
 - f) die Beratung und Unterstützung der Kirchengemeinden in Bauangelegenheiten,
 - g) die Beratung der Kirchengemeinden in weiteren Verwaltungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Die Erledigung der Aufgabe nach Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a) erfolgt von Amts wegen. Die Erledigung der Aufgaben nach Satz 1 Nr. 2 Buchstaben b) und c) geschieht in der Regel auf Antrag der Kirchengemeinde. **Sie** geschieht von Amts wegen, wenn eine geordnete Verwaltung durch die Kirchengemeinde nicht gewährleistet ist (**§ 8 Abs. 1 des Finanzgesetzes**). Die Erledigung der Aufgaben nach **Satz 1 Nr. 2** Buchstaben d)

meinde, sofern kirchengesetzlich nichts anderes geregelt ist.

(2) Über die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Fälle hinaus sollen die Kirchenkreisämter im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Antrag einer Kirchengemeinde weitere Aufgaben übernehmen. Über die Wahrnehmung dieser Aufgaben ist eine Vereinbarung mit der Kirchengemeinde abzuschließen, die der Genehmigung des Verwaltungsrates bedarf.

(3) Die abschließende Verantwortung der Kirchengemeinde bleibt jeweils unberührt.

§ 4 Verwaltungsaufgaben der Gesamtkirche

(1) Die Verwaltungsaufgaben des Verantwortungsbereichs der EKM nehmen die Kirchenkreisämter, soweit sie ihnen übertragen sind, im Auftrag des Kirchenamtes wahr. Zu den übertragenen Aufgaben gehören insbesondere

1. die Bearbeitung des kirchlichen Meldewesens einschließlich der Statistik,
2. der Denkmalschutz nach Maßgabe der staatlichen Gesetze,
3. der Datenschutz,
4. die Verwaltung des Pfarreivermögens der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen,
5. die Verwaltung der Kollekten sowie der Straßen- und Haussammlungen,
6. die Verteilung landeskirchlicher Mittel.

(2) Das Kirchenamt kann den Kirchenkreisämtern durch Verwaltungsanordnung jederzeit weitere Aufgaben übertragen. Mit der Übertragung von Aufgaben ist auch eine Regelung über ihre Finanzierung zu treffen.

§ 5 Verwaltungskosten

Die Kirchengemeinden und Kirchenkreise können an den Kosten, die für die Wahrneh-

und e) erfolgt ausschließlich auf Antrag der Kirchengemeinde, **soweit** kirchengesetzlich nichts anderes geregelt ist.

(2) Über die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Fälle hinaus sollen die Kirchenkreisämter im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Antrag einer Kirchengemeinde weitere Aufgaben übernehmen. Über die Wahrnehmung dieser Aufgaben ist eine Vereinbarung mit der Kirchengemeinde abzuschließen, die der Genehmigung des Verwaltungsrates bedarf.

(3) Die abschließende Verantwortung der Kirchengemeinde bleibt jeweils unberührt.

§ 4 Verwaltungsaufgaben der Landeskirche

(1) Die Verwaltungsaufgaben des Verantwortungsbereiches der **Landeskirche** nehmen die Kirchenkreisämter, soweit sie ihnen übertragen sind, im Auftrag des **Landeskirchenamtes** wahr. Zu den übertragenen Aufgaben gehören insbesondere

1. die Bearbeitung des kirchlichen Meldewesens einschließlich der Statistik,
- ~~2. der Denkmalschutz nach Maßgabe der staatlichen Gesetze,~~
- ~~3. der Datenschutz,~~
2. die Verwaltung des Pfarreivermögens **mit Ausnahme des Pfarreiwaldes im Bereich der ehemaligen** Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen,
3. die Verwaltung der Kollekten sowie der Straßen- und Haussammlungen,
4. die Verteilung landeskirchlicher Mittel,
5. **der Denkmalschutz nach Maßgabe der staatlichen Gesetze.**

(2) Das **Landeskirchenamt** kann den Kirchenkreisämtern durch Verwaltungsanordnung jederzeit weitere Aufgaben übertragen. Mit der Übertragung von Aufgaben ist auch eine Regelung über ihre Finanzierung zu treffen.

§ 5 Verwaltungskosten

Die Kirchengemeinden und Kirchenkreise können an den Kosten, die für die Wahrneh-

mung von Verwaltungsaufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe f) und Nr. 2 Buchstaben a) bis f) entstehen, beteiligt werden. Näheres regelt eine vom Kirchenamt zu erlassende Verwaltungsanordnung. Bestehende Regelungen zur Erhebung von Verwaltungskosten bleiben unberührt.

Abschnitt II: Organisation und Leitung

§ 6 Arbeitsbereiche

Für die Wahrnehmung der in §§ 3 und 4 genannten Aufgaben ist das Kirchenkreisamt in die Arbeitsbereiche Finanzwesen, Personalwesen, Meldewesen, Grundstückswesen und Bauwesen gegliedert.

§ 7 Amtsleiter, Stellvertreter und Mitarbeiter

(1) Das Kirchenkreisamt wird durch den Amtsleiter geleitet. Er ist für die ordnungsgemäße Erfüllung der dem Kirchenkreisamt obliegenden Aufgaben verantwortlich. Er ist zur regelmäßigen Beratung mit den Superintendenten der beteiligten Kirchenkreise verpflichtet.

(2) Der Amtsleiter vertritt das Kirchenkreisamt in Rechtsangelegenheiten. Urkunden über Rechtsgeschäfte und Vollmachten sind vom Amtsleiter oder seinem Stellvertreter zu unterschreiben und mit dem Siegel zu versehen.

(3) Der Amtsleiter stellt die weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes ein. Er ist Vorgesetzter der weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes und führt die unmittelbare Dienstaufsicht.

(4) Anstellungskörperschaft des Amtsleiters ist der Rechtsträger des Kirchenkreisamtes. Der Amtsleiter wird vom Verwaltungsrat im Einvernehmen mit dem Kirchenamt bestellt. Er untersteht der Dienstaufsicht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates.

mung von Verwaltungsaufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe f) und Nr. 2 Buchstaben a) bis e) entstehen, beteiligt werden. Näheres regelt eine vom **Landeskirchenamt** zu erlassende Verwaltungsanordnung. Bestehende Regelungen zur Erhebung von Verwaltungskosten bleiben unberührt.

Abschnitt II: Organisation und Leitung

§ 6 Arbeitsbereiche

Die Kirchenkreisämter sind in die Arbeitsbereiche Finanzwesen, Personalwesen, Meldewesen, Grundstückswesen und Bauwesen gegliedert.

§ 7 Amtsleiter, Stellvertreter und Mitarbeiter

(1) Das Kirchenkreisamt wird durch den Amtsleiter geleitet. Er ist für die ordnungsgemäße Erfüllung der dem Kirchenkreisamt obliegenden Aufgaben verantwortlich. Er ist zur regelmäßigen Beratung mit den Superintendenten der beteiligten Kirchenkreise verpflichtet.

(2) Der Amtsleiter vertritt das Kirchenkreisamt in Rechtsangelegenheiten. Urkunden über Rechtsgeschäfte und Vollmachten sind vom Amtsleiter oder seinem Stellvertreter zu unterschreiben und mit dem Siegel zu versehen.

~~(3) Der Amtsleiter stellt die weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes ein. Er ist Vorgesetzter der weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes und führt die unmittelbare Dienstaufsicht.~~

(3) Anstellungskörperschaft des Amtsleiters und der weiteren Mitarbeiter ist der Rechtsträger des Kirchenkreisamtes. Der Amtsleiter wird vom Verwaltungsrat im Einvernehmen mit dem **Landeskirchenamt** bestellt. Er untersteht der Dienstaufsicht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates.

(5) Der Amtsleiter soll die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben. In besonderen Fällen kann von diesem Erfordernis abgesehen werden, wenn die Eignung für die Aufgabe des Amtsleiters vom Kirchenamt festgestellt wird. Das Nähere regelt eine Verwaltungsanordnung des Kirchenamts.

(6) Der Leiter des Arbeitsbereiches Finanzwesen ist zugleich der Stellvertreter des Amtsleiters.

§ 8

Zusammenarbeit der Amtsleiter mit dem Kirchenamt

(1) Die Amtsleiter nehmen zu Vorlagen des Kirchenamtes Stellung, bereiten Eingaben vor und erarbeiten Vorschläge, die die Arbeit in den Kirchenkreisämtern betreffen. Bei Gesetzesvorhaben kann das Kirchenamt die Stellungnahme der Amtsleiter einholen.

(2) Das Kirchenamt ruft die Amtsleiter zum regelmäßigen fachlichen Austausch zusammen.

§ 9

Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat trägt die Verantwortung für die Arbeit des Kirchenkreisamtes. Er berät und unterstützt den Amtsleiter bei der Leitung des Kirchenkreisamtes.

(2) Der Verwaltungsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Er beschließt den Stellenplan des Kirchenkreisamtes nach Maßgabe des Rahmenstellenplanes.

(4) Der Amtsleiter soll die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben. In besonderen Fällen kann von diesem Erfordernis abgesehen werden, wenn die Eignung für die Aufgabe des Amtsleiters vom **Landeskirchenamt** festgestellt wird. Das Nähere regelt eine Verwaltungsanordnung des **Landeskirchenamtes**.

(5) Der **Amtsleiter stellt die weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes ein. Er ist Vorgesetzter der weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes und führt die Dienstaufsicht.**

(6) Der Leiter des Arbeitsbereiches Finanzwesen ist zugleich der Stellvertreter des Amtsleiters.

§ 8

Zusammenarbeit der Amtsleiter mit dem Landeskirchenamt

(1) Die Amtsleiter nehmen zu Vorlagen des **Landeskirchenamtes** Stellung, bereiten Eingaben vor und erarbeiten Vorschläge, die die Arbeit in den Kirchenkreisämtern betreffen. Bei Gesetzesvorhaben kann das **Landeskirchenamt** die Stellungnahme der Amtsleiter einholen.

(2) Das **Landeskirchenamt** ruft die Amtsleiter zum regelmäßigen fachlichen Austausch zusammen.

§ 9

Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat trägt die Verantwortung für die Arbeit des Kirchenkreisamtes. Er berät und unterstützt den Amtsleiter bei der Leitung des Kirchenkreisamtes.

(2) Der Verwaltungsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Er beschließt den Stellenplan des Kirchenkreisamtes nach Maßgabe des Rahmenstellenplanes.

2. Er beschließt den Haushaltsplan des Kirchenkreisamtes und stellt die Jahresrechnung fest.
3. Er entscheidet über Investitionen größerer Art im Kirchenkreisamt.
4. Er beschließt die Übernahme weiterer Aufgaben aus dem eigenen Verantwortungsbereich der Kirchengemeinden sowie von Aufgaben anderer selbstständiger Einrichtungen durch das Kirchenkreisamt (§ 3 Abs. 2).
5. Er bestellt den Amtsleiter im Einvernehmen mit dem Kirchenamt (§ 6 Abs. 4 Satz 1).
6. Er bestätigt die Einstellung des Leiters des Arbeitsbereiches Finanzwesen.
7. Er berät den Amtsleiter in Personalfragen.

Der Rahmenstellenplan des Kirchenkreisamtes bedarf der Genehmigung des Kirchenamts.

(3) Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 10

Zusammensetzung des Verwaltungsrates

(1) Dem Verwaltungsrat gehören die Superintendenten des Zuständigkeitsbereiches des Kirchenkreisamtes oder ihre Stellvertreter an. Die Kreiskirchenräte der beteiligten Kirchenkreise können jeweils ein weiteres Mitglied entsenden.

(2) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Der Vorsitzende beruft den Verwaltungsrat in der Regel halbjährlich zu Sitzungen ein. Dem Amtsleiter obliegt die Geschäftsführung des Verwaltungsrates. Er nimmt mit Rede- und Antragsrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil.

(3) Weitere sachkundige Personen können zu den Sitzungen des Verwaltungsrates mit Rederecht hinzugezogen werden.

2. Er beschließt den Haushaltsplan des Kirchenkreisamtes und stellt die Jahresrechnung fest.
3. Er entscheidet über Investitionen größerer Art im Kirchenkreisamt.
4. Er beschließt die Übernahme weiterer Aufgaben aus dem eigenen Verantwortungsbereich der Kirchengemeinden sowie von Aufgaben anderer selbstständiger Einrichtungen durch das Kirchenkreisamt (§ 3 Abs. 2).
5. Er bestellt den Amtsleiter im Einvernehmen mit dem **Landeskirchenamt (§ 7 Abs. 3 Satz 2)**.
6. Er bestätigt die Einstellung des Leiters des Arbeitsbereiches Finanzwesen.
7. Er berät den Amtsleiter in Personalfragen.

Der Rahmenstellenplan des Kirchenkreisamtes bedarf der Genehmigung des **Landeskirchenamtes**.

(3) Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 10

Zusammensetzung des Verwaltungsrates

(1) Dem Verwaltungsrat gehören die Superintendenten des Zuständigkeitsbereiches des Kirchenkreisamtes oder ihre Stellvertreter an. Die Kreiskirchenräte der beteiligten Kirchenkreise können jeweils ein weiteres Mitglied entsenden.

(2) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Der Vorsitzende beruft den Verwaltungsrat in der Regel halbjährlich zu Sitzungen ein. Dem Amtsleiter obliegt die Geschäftsführung des Verwaltungsrates. Er nimmt mit Rede- und Antragsrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil.

(3) Weitere sachkundige Personen können zu den Sitzungen des Verwaltungsrates mit Rederecht hinzugezogen werden.

§ 11

Finanzierung der Kirchenkreisämter

Die Kirchenkreisämter führen einen eigenen Haushalt und werden durch Zuweisungen der Föderation, durch Umlagen der beteiligten Kirchenkreise sowie durch das Erheben von Verwaltungskosten finanziert.

Abschnitt III: Träger des Kirchenkreisamtes bei Beteiligung mehrerer Kirchenkreise

§ 12

Kirchenkreisamt in Trägerschaft eines Kirchenkreisverbandes

(1) Mehrere Kirchenkreise können zum Betrieb und zur Unterhaltung eines Kirchenkreisamtes einen Kirchenkreisverband als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichten. Rechtsträger des Kirchenkreisamtes ist der Kirchenkreisverband.

(2) Der Kirchenkreisverband führt ein Siegel. Er hat seinen Sitz am Sitz des Kirchenkreisamtes.

(3) Der Kirchenkreisverband ist ein Zweckverband im Sinne des Kirchengesetzes Die Vorschriften des Kirchengesetzes gelten entsprechend, soweit im Folgenden nichts Abweichendes bestimmt ist.

(4) Organ des Kirchenkreisverbandes ist der Verwaltungsrat (§§ 9 und 10). Der Verwaltungsrat nimmt die Aufgaben des Vorstands und der Verbandsversammlung nach dem Kirchengesetz über ... kirchlichen Zweckverbände (Kirchliches Zweckverbandsgesetz) wahr. Dem Amtsleiter obliegt gemäß §Kirchliches Zweckverbandsgesetz die Geschäftsführung des Verwaltungsrates.

§ 13

Kirchenkreisamt auf Grundlage einer Zweckvereinbarung

(1) Mehrere Kirchenkreise können über den Betrieb und die Unterhaltung eines gemein-

§ 11

Finanzierung der Kirchenkreisämter

Die Kirchenkreisämter führen einen eigenen Haushalt und werden durch Zuweisungen der **Landeskirche**, durch Umlagen der beteiligten Kirchenkreise sowie durch das Erheben von Verwaltungskosten finanziert.

Abschnitt III: Träger des Kirchenkreisamtes bei Beteiligung mehrerer Kirchenkreise

§ 12

Kirchenkreisamt in Trägerschaft eines Kirchenkreisverbandes

(1) Mehrere Kirchenkreise können zum Betrieb und zur Unterhaltung eines Kirchenkreisamtes einen Kirchenkreisverband als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichten. Rechtsträger des Kirchenkreisamtes ist der Kirchenkreisverband.

(2) Der Kirchenkreisverband führt ein Siegel. Er hat seinen Sitz am Sitz des Kirchenkreisamtes.

(3) Der Kirchenkreisverband ist ein Zweckverband im Sinne des **Kirchlichen Zweckverbandsgesetzes**. Die Vorschriften des **Kirchlichen Zweckverbandsgesetzes** gelten entsprechend, soweit im Folgenden nichts Abweichendes bestimmt ist.

(4) Organ des Kirchenkreisverbandes ist der Verwaltungsrat (§§ 9 und 10). Der Verwaltungsrat nimmt die Aufgaben des Vorstands und der Verbandsversammlung nach dem **Kirchlichen Zweckverbandsgesetz** wahr. Dem Amtsleiter obliegt gemäß ~~§Kirchliches Zweckverbandsgesetz~~ die Geschäftsführung des Verwaltungsrates.

§ 13

Kirchenkreisamt auf Grundlage einer Zweckvereinbarung

(1) Mehrere Kirchenkreise können über den Betrieb und die Unterhaltung eines gemein-

samen Kirchenkreisamtes eine Zweckvereinbarung nach dem Kirchlichen Zweckverbandsgesetz schließen.

(2) In der Zweckvereinbarung ist einem der beteiligten Kirchenkreise die Rechtsträgerschaft für das gemeinsame Kirchenkreisamt zu übertragen und dessen Finanzierung zu regeln.

Abschnitt IV: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 14

Bildung von Kirchenkreisämtern

Die Kirchlichen Verwaltungsämter der ehemaligen Teilkirche Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (EKKPS) und die Kreiskirchenämter der ehemaligen Teilkirche Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen (ELKTh) erhalten mit Inkrafttreten dieses Gesetzes die Rechtsstellung eines Kirchenkreisamtes. Die zu diesem Zeitpunkt entsprechend § 3 Abs. 1 Nr. 2 übernommenen Aufgaben werden von den Kirchenkreisämtern weitergeführt.

§ 15

Übergangsvorschriften für die ehemalige Teilkirche EKKPS

(1) Ist in der ehemaligen Teilkirche EKKPS ein Kirchenkreisamt nur für einen Kirchenkreis zuständig, so ist der Kirchenkreis Rechtsträger des Kirchenkreisamtes.

(2) Der Verwaltungsrat besteht in diesem Fall abweichend von § 10 Abs. 1 aus dem Superintendenten oder seinem Stellvertreter und zwei weiteren vom Kreiskirchenrat zu entsendenden Mitgliedern.

(3) Im Übrigen gelten die Vorschriften des §§ 1 Abs. 3, 3 Abs. 3 und 5, 7 Abs. 2 und 3, 10, 11 und 12 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Stellung und Aufgaben der Kirchl-

samen Kirchenkreisamtes eine Zweckvereinbarung nach dem Kirchlichen Zweckverbandsgesetz schließen.

(2) In der Zweckvereinbarung ist einem der beteiligten Kirchenkreise die Rechtsträgerschaft für das gemeinsame Kirchenkreisamt zu übertragen und dessen Finanzierung zu regeln.

Abschnitt IV: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 14

Bildung von Kirchenkreisämtern

Die Kirchlichen Verwaltungsämter **im Bereich der ehemaligen Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen** und die Kreiskirchenämter **im Bereich der ehemaligen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen** erhalten mit Inkrafttreten dieses Gesetzes die Rechtsstellung eines Kirchenkreisamtes. Die zu diesem Zeitpunkt entsprechend § 3 Abs. 1 Nr. 2 übernommenen Aufgaben werden von den Kirchenkreisämtern weitergeführt.

§ 15

Übergangsvorschriften für den Bereich der ehemaligen Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

(1) Ist **im Bereich der ehemaligen Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen** ein Kirchenkreisamt nur für einen Kirchenkreis zuständig, so ist der Kirchenkreis Rechtsträger des Kirchenkreisamtes.

(2) Der Verwaltungsrat besteht in diesem Fall abweichend von § 10 Abs. 1 aus dem Superintendenten oder seinem Stellvertreter und zwei weiteren vom Kreiskirchenrat zu entsendenden Mitgliedern.

(3) Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 1 Abs. 3, 3 Abs. 3 und 5, 7 Abs. 2 und 3, 10, 11 und 12 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Stellung und Aufgaben der Kirchl-

chen Verwaltungsämter in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen fort.

(4) Soweit im Fall des Absatzes 1 die gültigen Stellenplankriterien und Richtzahlen nicht erfüllt werden, sollen benachbarte Kirchenkreise gemäß § 12 einen Kirchenkreisverband errichten oder gemäß § 13 eine Zweckvereinbarung schließen. In diesem Fall wird dem Kirchenkreisverband bzw. einem der Kirchenkreise die Anstellungsträgerschaft für die weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes übertragen. Bestehende Anstellungsverhältnisse werden übergeleitet

(5) Der Zusammenschluss nach Absatz 4 kann auch in der Weise erfolgen, dass bestimmte Arbeitsbereiche, insbesondere das Personalwesen, das kirchliche Meldewesen, das Grundstückswesen und das Bauwesen, in einem der bisherigen Kirchenkreisämter zusammengefasst werden, während Arbeitsbereiche, für die eine Präsenz vor Ort wünschenswert erscheint, insbesondere die Kassenführung und die Vermögensverwaltung, in den anderen Kirchenkreisen des Zuständigkeitsbereiches erhalten bleiben und als Außenstellen des Kirchenkreisamtes geführt werden.

§ 16

Übergangsvorschriften für die ehemalige Teilkirche ELKTh

(1) Die Kreiskirchenämter in der ehemaligen Teilkirche ELKTh werden als landeskirchliche Dienststellen weitergeführt; in diesem Fall finden die §§ 1 Abs. 1, 7 Abs. 4 Satz 2 und 3, 9 und 10 keine Anwendung

(2) Die Kreissynoden aller beteiligten Kirchenkreise eines Kirchenkreisamtes können abweichend von Absatz 1 beschließen, gemäß § 12 einen Kirchenkreisverband zu errichten oder gemäß § 13 eine Zweckvereinbarung abzuschließen; der Beschluss kann nur einheitlich erfolgen. Der Beschluss bedarf der Genehmigung des Kirchenamtes. In diesem Fall wird dem Kirchenkreisverband bzw. einem der Kirchenkreise die Anstellungsträgerschaft für die weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes übertragen. Bestehende Anstellungsverhältnisse werden übergeleitet.

(3) Die Buchungs- und Kassenstellen im Gebiet der ehemaligen Teilkirche ELKTh blei-

chen Verwaltungsämter in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen fort.

(4) Soweit im Fall des Absatzes 1 die gültigen Stellenplankriterien und Richtzahlen nicht erfüllt werden, sollen benachbarte Kirchenkreise gemäß § 12 einen Kirchenkreisverband errichten oder gemäß § 13 eine Zweckvereinbarung schließen. In diesem Fall wird dem Kirchenkreisverband bzw. einem der Kirchenkreise die Anstellungsträgerschaft für die weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes übertragen. Bestehende Anstellungsverhältnisse werden übergeleitet.

(5) Der Zusammenschluss nach Absatz 4 kann auch in der Weise erfolgen, dass bestimmte Arbeitsbereiche, insbesondere das Personalwesen, das kirchliche Meldewesen, das Grundstückswesen und das Bauwesen, in einem der bisherigen Kirchenkreisämter zusammengefasst werden. ~~Andere Arbeitsbereiche, für die eine Präsenz vor Ort wünschenswert erscheint,~~ **können** in den anderen Kirchenkreisen des Zuständigkeitsbereiches erhalten bleiben und als Außenstellen des Kirchenkreisamtes geführt werden.

§ 16

Übergangsvorschriften für den Bereich der ehemaligen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen

(1) Die Kreiskirchenämter **im Bereich der ehemaligen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen** werden als landeskirchliche Dienststellen weitergeführt; in diesem Fall finden die §§ 1 Abs. 1, 7 Abs. 3 Satz 2 und 3, 9 und 10 keine Anwendung.

(2) Die Kreissynoden aller beteiligten Kirchenkreise eines Kirchenkreisamtes können abweichend von Absatz 1 beschließen, gemäß § 12 einen Kirchenkreisverband zu errichten oder gemäß § 13 eine Zweckvereinbarung abzuschließen; der Beschluss kann nur einheitlich erfolgen. Der Beschluss bedarf der Genehmigung des **Landeskirchenamtes**. In diesem Fall wird dem Kirchenkreisverband bzw. einem der Kirchenkreise die Anstellungsträgerschaft für die weiteren Mitarbeiter des Kirchenkreisamtes übertragen. Bestehende Anstellungsverhältnisse werden übergeleitet.

(3) Die Buchungs- und Kassenstellen **im Bereich der ehemaligen Evangelisch-**

ben in den Kirchenkreisen erhalten. Sie werden in das Kirchenkreisamt, in dessen Zuständigkeitsbereich sie gelegen sind, als Außenstellen eingegliedert. In diesem Fall sollen ihnen vom Kirchenkreisamt weitere Aufgaben, insbesondere aus dem Bereich der Kassenführung und der Vermögensverwaltung, übertragen werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Bestehende Anstellungsverhältnisse werden auf die EKM übergeleitet.

§ 17 Sonderregelungen

(1) Beschließt ein Kirchenkreis aus dem Bereich der ehemaligen Teilkirche EKKPS, seine Verwaltungsangelegenheiten durch ein Kirchenkreisamt im Bereich der ehemaligen Teilkirche ELKTh wahrnehmen zu lassen, so ist dies nur unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 möglich, es sei denn, die beteiligten Kirchenkreise beschließen einvernehmlich, nach § 16 Abs. 2 zu verfahren.

(2) Beschließt ein Kirchenkreis aus dem Bereich der ehemaligen Teilkirche ELKTh, aus einem Kirchenkreisamt im Sinne des § 16 Abs. 1 auszuscheiden und seine Verwaltungsangelegenheiten durch ein anderes Kirchenkreisamt wahrnehmen zu lassen, so findet für das Ausscheiden aus dem Kirchenkreisamt § 2 Abs. 2 und 4 entsprechende Anwendung

§ 18 Verordnungsermächtigung

Die weiteren Ausführungs- und Übergangsbestimmungen zu diesem Kirchengesetz erlässt die Kirchenleitung der Föderation, soweit nach diesem Gesetz nicht das Kirchenamt zuständig ist.

Lutherischen Kirche in Thüringen bleiben in den Kirchenkreisen erhalten. Sie werden in das Kirchenkreisamt, in dessen Zuständigkeitsbereich sie gelegen sind, als Außenstellen eingegliedert. In diesem Fall sollen ihnen vom Kirchenkreisamt weitere Aufgaben, insbesondere aus dem Bereich der Kassenführung und der Vermögensverwaltung, übertragen werden. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Bestehende Anstellungsverhältnisse werden auf die **Landeskirche** übergeleitet.

§ 17 Sonderregelungen

(1) Beschließt ein Kirchenkreis **der ehemaligen Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen**, seine Verwaltungsangelegenheiten durch ein Kirchenkreisamt im Bereich der ehemaligen **Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen** wahrnehmen zu lassen, so ist dies nur unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 möglich, es sei denn, die beteiligten Kirchenkreise beschließen einvernehmlich, nach § 16 Abs. 2 zu verfahren.

(2) Beschließt ein Kirchenkreis aus dem Bereich der ehemaligen **Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen**, aus einem Kirchenkreisamt im Sinne des § 16 Abs. 1 auszuscheiden und seine Verwaltungsangelegenheiten durch ein anderes Kirchenkreisamt wahrnehmen zu lassen, so findet für das Ausscheiden aus dem Kirchenkreisamt § 2 Abs. 2 und 4 entsprechende Anwendung.

§ 18 Ausführungsbestimmungen

Die weiteren **Regelungen zur Ausführung dieses Kirchengesetzes** erlässt der **Landeskirchenrat**, soweit nach diesem Gesetz nicht das **Landeskirchenamt** zuständig ist.

§ 19
Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 20
Überprüfung

Dieses Kirchengesetz ist im Jahr 2012 zu überprüfen mit dem Ziel, zu einer einheitlichen Regelung zu kommen.

§ 21
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt treten außer Kraft:

1. Das Kirchengesetz über die Stellung und Aufgaben der Kirchlichen Verwaltungsämter in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Kirchliches Verwaltungsamts-Gesetz – KVAG) vom 31. Oktober 1993 (ABl. 1994 S. 15) mit Ausnahme der in § 15 Abs. 3 genannten Vorschriften;
2.

§ 19
Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 20
Überprüfung

Dieses Kirchengesetz ist im Jahr 2012 zu überprüfen mit dem Ziel, zu einer einheitlichen Regelung zu kommen.

§ 21
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

(2) **Gleichzeitig** treten außer Kraft:

1. **das** Kirchengesetz über die Stellung und Aufgaben der Kirchlichen Verwaltungsämter in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Kirchliches Verwaltungsamts-Gesetz - KVAG) vom 31. Oktober 1993 (ABl. EKKPS 1994 S. 15) mit Ausnahme der in § 15 Abs. 3 genannten Vorschriften;
2. **die Verordnung über die Abgrenzung der Kirchenkreise und über den Sitz und die Zuständigkeit der Kreiskirchenämter vom 1. April 1970 (ABl. ELKTh S. 73).**

(3) Von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes an sind alle Rechtsvorschriften nicht mehr anzuwenden, die diesem Gesetz entgegenstehen und die nicht ausdrücklich außer Kraft getreten oder aufgehoben worden sind.